Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 9: Marktwirtschaft heute

Artikel: Der Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute : Ordnungspolitische Grundfragen in der Bundesrepublik Deutschland

Autor: Frickhöffer, Wolfgang

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162356

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

es möglicherweise zu ähnlichen Spannungen kommen, sobald es gilt, die Ausführungsgesetzgebung zu den neuen Verfassungsartikeln 22ter und 22quater auszuarbeiten und den eher schwammigen Begriff der «Raumplanung» mit einem konkreten Inhalt zu erfüllen. Interessengegensätze sind hier namentlich innerhalb der Landwirtschaft zu erwarten, möglicherweise aber auch in anderen Bevölkerungskreisen, die sich zu entscheiden haben werden, ob für sie die direkte Nutzung des Bodens den Vorrang hat oder seine Funktion als Garant wachsender Vermögenswerte.

Nicht über hochfliegenden Plänen für die Erneuerung des gesamten Wirtschafts- und Sozialsystems, sondern über derartigen prosaischen Sachfragen wird sich in absehbarer Zukunft die Wahl der Wege der schweizerischen Wirtschaftsordnung entscheiden.

Literaturhinweise: Max Schmidheiny, Unternehmungskonzentration in der Wirtschaft, in: Wirtschaftspolitische Mitteilungen der wf (Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft), März 1968, 3. Heft. – Hugo Sieber, Bodenrecht und Landesplanung, Vortrag, gehalten an der ordentlichen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins am 14. September 1968. – F. P. Walthard, Unternehmensstruktur und moderne Industriegesellschaft, in: Wirtschaftspolitische Mitteilungen der wf, August 1969, 8. Heft. – Bernhard Wehrli, Zu den Triebkräften der Geldentwertung, in: Schweizer Monatshefte, 47. Jahr (1967/68), Heft 2. – Vital Gawronski, Strukturwandel, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik, in: Mitteilungsblatt des Delegierten für Konjunkturfragen, Heft 3, Oktober 1969.

Der Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute

Ordnungspolitische Grundfragen in der Bundesrepublik Deutschland

WOLFGANG FRICKHÖFFER

Die Soziale Marktwirtschaft – ein unbestrittenes Ideal

In der Bundesrepublik Deutschland hat jetzt ein Regierungs-, Partei- oder, wie manche sagen, sogar ein «Macht»-Wechsel stattgefunden. Während aber vor 10 bis 15 Jahren ein solcher Wechsel von den Christlichen Demokraten zu den Sozialdemokraten wirtschaftspolitisch erhebliche Sorgen hervorgerufen hätte und auch in vielen anderen Ländern der Welt ein ähnlicher Wechsel zu einem wirtschaftspolitischen Umbruch führen könnte, war in der Bundesrepublik von einer Beunruhigung in dieser Hinsicht nur wenig zu merken. Die Soziale Marktwirtschaft ist heute bei allen Parteien so

breit gefestigt, dass ein Regierungs-, Partei- oder Machtwechsel keinen tiefgreifenden Wechsel in der Wirtschaftspolitik mehr hervorruft. Dies ist ein Erfolg Ludwig Erhards, der durch die Erfolge seiner Politik die andern Parteien zwang, sehr weitgehend den gleichen Weg zu gehen.

Dafür nur ein kleines aktuelles Beispiel: In der Debatte des Deutschen Bundestages nach der Regierungserklärung der neuen Regierung erklärte der sozialdemokratische Wirtschaftsminister, Professor Karl Schiller, über das seit zwei Jahren vorhandene Stabilitätsgesetz hinaus bedürfe er keiner Erweiterung des wirtschaftspolitischen Instrumentenkastens. Diese Erklärung ist, gemessen an früheren marktwirtschaftswidrigen Erklärungen der SPD, eine Sensation. Eine solche Selbstbegrenzung der staatlichen Aktivität, ausgesprochen von einem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister, hat es bisher nicht gegeben. Jetzt hat Ludwig Erhard endgültig auch in der SPD gesiegt, die ihn in den ersten Jahren des Wiederaufbaus so erbittert bekämpfte. Das Stabilitätsgesetz war noch unter der Kanzlerschaft Erhards eingebracht worden und erfuhr nach dem Regierungswechsel im Dezember 1966 einige Änderungen, wie sie Professor Schiller für nötig hielt. Gegen beide Fassungen des Gesetzes sind gewisse Einwendungen zu machen. Dennoch ist dieses Gesetz, das insbesondere auf eine konjunkturgerechte Steuerung der öffentlichen Haushalte zielt, eine marktwirtschaftlich legitime Ergänzung des konjunkturpolitischen Instrumentariums. Sich damit aber zu begnügen und auf darüber hinausgehende Manipulationsmöglichkeiten zu verzichten, ist ein ausserordentliches Ereignis in der deutschen Geschichte und zeigt, dass die Beschränkung auf generelle Massnahmen und auf Sicherung von Prinzipien, wie sie der modernen Marktwirtschaft entspricht, auch in der SPD festeren Fuss gefasst hat. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat von der marktwirtschaftlichen Politik weit mehr akzeptiert, als was sie im Vergleich zu der Zeit, in der die CDU dominierte, heute anders zu machen bemüht ist.

Einigkeit besteht zwischen allen Parteien heute darüber, dass der wirtschaftspolitische Weg weder im Laisser-faire noch im Sozialismus bestehen kann; allenfalls in einem Sozialismus, der die Instrumente gewechselt und die Ziele so sehr verklärt hat, dass man kaum Schwierigkeiten hat, ihm zuzustimmen. Wenn auch der konsequente Verfechter einer modernen Marktwirtschaft ohne parteipolitische Scheuklappen den Wandlungsprozess in der SPD aufrichtig würdigt und anerkennt, so bleiben doch noch einige kleinere Probleme übrig.

Kleinere Probleme, die noch einer Lösung harren

In der Konjunkturpolitik zum Beispiel, dem Ordnungselement Nr. 1 der modernen Marktwirtschaft, das auf stabiles Geld, hohe Beschäftigung und

gleichgewichtige Zahlungsbilanz gerichtet ist, herrscht Übereinstimmung, dass diese Prinzipien durch die Instrumente der Kreditpolitik, der Fiskalpolitik, notfalls der Wechselkurspolitik und auch der Lohnpolitik zu sichern sind. Über diese Sicherung von prinzipiellen Zielen hinaus hatte Minister Schiller auch quantitative Ziele für richtig gehalten. In der Marktwirtschaft ist Wachstum ein Ergebnis, nicht ein voraus zu quantifizierendes Ziel. Minister Schiller setzte sich jedoch für eine Zielprojektion ein, nicht nur für eine Vorausschätzung, wie sie auch marktwirtschaftlich legitim ist. In der praktischen Handhabung dieser Politik war Schiller allerdings sehr zurückhaltend. Inzwischen ist die Betonung der sogenannten Zielprojektion eher noch schwächer geworden.

In der konjunkturpolitischen Hauptfrage der Jahre 1968 und 1969, der Wechselkursberichtigung der D-Mark, hat jedoch Minister Schiller eindeutig einen marktwirtschaftlicheren Kurs vertreten als die christlich-demokratische Union. Die CDU widersetzte sich einer Anpassung des Wechselkurses an die veränderte Marktlage und schreckte auch vor dirigistischen Massnahmen zur Verteidigung der unrealistisch gewordenen Parität nicht zurück.

Auch in der Wettbewerbs-Politik besteht weitgehende Übereinstimmung. Minister Schiller hat inzwischen das ihm von den Gewerkschaften aufgedrängte Showgeschäft eines Verbotes der Preisbindung zweiter Hand abgelehnt. Diese vertikale Preisbindung stirbt von allein, einmal durch die Dynamik des technischen Fortschrittes, zum andern durch die Unmöglichkeit, bei erweiterten Märkten in Form von Reexportverboten die Preisbindung zu sichern, zumal nicht alle Länder der EWG die vertikale Preisbindung kennen. Überdies könnte ein Verbot der vertikalen Preisbindung vielleicht einige Einzelpreise, jedoch nicht das Preisniveau senken.

Eine Fusionskontrolle ist auf wettbewerbspolitischem Gebiet heute nahezu Gemeingut. Die Verfechter einer konsequenten sozialen Marktwirtschaft haben sich schon mehrfach dafür eingesetzt, damit gar nicht erst zuviel Macht gebildet wird, die dann später nur schwer zu überwachen ist. Auch Mittelständler der CDU treten heute für eine Fusionskontrolle ein, so dass hier wahrscheinlich gesetzgeberische Massnahmen zu erwarten sind. Die Bedeutung einer Sicherung des Wettbewerbs wird also ebenfalls weitgehend anerkannt. Es ist dabei ein Grundirrtum, zu meinen, ein Beamter könne nicht die Entscheidungen eines Unternehmers treffen. Darum geht es gar nicht. Der Beamte der Wettbewerbsbehörde soll lediglich das gesamtwirtschaftliche Interesse an der Aufrechterhaltung des Wettbewerbs zum Ausdruck bringen.

Dem Wettbewerbsgedanken zuwider handelte Minister Schiller allerdings durch Schaffung der Einheitsgesellschaft im Steinkohlenbergbau. Hier waren erhebliche Fehler zu bereinigen und selbstverständlich auch die

Betriebsgrössen zu ändern. Für eine Einheitsgesellschaft bestand aber weder ein sachlicher Anlass noch ein gesetzlicher Zwang. Hier hat Schiller ein einseitiges Wachstums- und Konzentrationsdenken gezeigt, das seine marktwirtschaftliche Glaubwürdigkeit gefährdete.

Vom Platz der Planung in der Sozialen Marktwirtschaft

Auf dem Gebiete der Infrastruktur, dem dritten Bauelement einer modernen Marktwirtschaft, war es völlig richtig, dass für die jeweils verantwortlichen öffentlichen Instanzen – vom Strassenbau bis zum Bildungswesen – nun stärker geplant wird. Das ist keine Zentralverwaltungswirtschaft, sondern solche Pläne entsprechen den betrieblichen Plänen der Unternehmensleitungen.

Auf dem vierten Gebiet, dem Anpassungs-Interventionismus, der den Strukturwandel in Richtung der Markttendenz erleichtern, glätten, beschleunigen und sozialer gestalten soll, geht die jetzige Regierung möglicherweise ein wenig zu weit. Diese Art von Strukturpolitik hat natürlich eine offene Flanke zum Dirigismus hin, weshalb die Grenzen hier sehr genau beachtet werden müssen. Vor Übertreibungen, die zu einer indirekten Steuerung des Wirtschaftsprozesses führen können, ist zu warnen.

Die Planung ist also genau zu definieren und abzugrenzen. Die Sicherung konjunkturpolitischer Ziele ist zum Beispiel weder Planung noch Intervention. Auch die Wettbewerbspolitik ist weder Planung noch Intervention, sondern auf allgemeine Regeln gerichtet.

Planen müssen zunächst die Unternehmer selber. Investitionsprogramme, Finanzierungsprogramme, Absatzpläne sind unerlässlich. Diese verschiedenen individuellen Pläne müssen über den Markt miteinander koordiniert und ständig an neue Entwicklungen, an Veränderungen in der Nachfragestruktur usw. angepasst werden. Diese Pläne richten sich nach Marktdaten, beeinflussen den Markt und werden von ihm in einer wechselseitigen Beziehung beeinflusst.

Auf dem Gebiet der Infrastruktur müssen die jeweils verantwortlichen öffentlichen Instanzen selbstverständlich für ihre Dispositionen Pläne machen. Diese Pläne sollten aber nicht aus ehrgeizigen, politischen Programmen, sondern aus sorgfältiger Beobachtung des Marktverlaufes, des Bevölkerungswachstums usw. abgeleitet werden. Beim Anpassungsinterventionismus können ausserdem von Fall zu Fall Anpassungspläne für strukturell bedrängte Wirtschaftsbereiche parallel zur Markttendenz temporär angewandt werden.

Keinesfalls gehört aber zur Sozialen Marktwirtschaft, dass der Staat

für die Privatwirtschaft plant, dass er also – wie früher in der französischen «planification» – Struktur- und Wachstumsziele für einzelne private Wirtschaftsbereiche festsetzt. Die Struktur soll sich vielmehr im freien Markt entwickeln, auf dem die Wirtschaftssubjekte im Rahmen der ordnungspolitischen Bedingungen handeln, von denen hier die Rede war. Weder vorausquantifizierte Wachstumsraten für das Sozialprodukt insgesamt noch für einzelne Wirtschaftsbereiche im besonderen gehören zur Sozialen Marktwirtschaft. Hier liegt ein wesentlicher Unterschied zu den Ansichten Minister Schillers, der eine vorausquantifizierte Wachstumsrate für das Sozialprodukt insgesamt für richtig hält, wenn er auch eine «planification en détail» ablehnt. Mit der Gründung der Einheitsgesellschaft im Steinkohlenbergbau hat er aber zweifellos die Grenze zu dieser Planifikation überschritten.

Gegenüber einer falschen Deutung der Staatstätigkeit beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik ist zu sagen, dass der Staat nach 1948 in vielfältiger Weise tätig wurde; zum Teil in Übereinstimmung mit dem hier kurz zusammengefassten Konzept einer modernen Marktwirtschaft, zum Teil im Gegensatz zu diesem Konzept. Soweit sich die staatliche Tätigkeit in Übereinstimmung mit diesem Konzept befand, war sie wachstumsfördernd und führte zu einer modernen Wirtschaftsstruktur. Soweit diese Staatstätigkeit aber dem marktwirtschaftlichen Konzept widersprach, hat sie den Wiederaufbau behindert. Das gilt insbesondere für die Bereiche des Verkehrs, der Landwirtschaft, des Wohnungsbaues und des Kohlebergbaues. Hier wurde nicht frühzeitig Marktwirtschaft eingeführt, und zum Teil herrscht die Marktwirtschaft in diesen Bereichen heute noch nicht. Daher sind gerade diese Bereiche nach wie vor Sorgenkinder der Wirtschaftspolitik, und zwar gerade deshalb, weil sie nicht wie andere Wirtschaftsbereiche 1948 sogleich in die Soziale Marktwirtschaft übergeführt wurden. Die Erfolge der deutschen Wirtschaftspolitik sind also keineswegs auf hemmende Interventionen, sondern auf das Gegenteil, auf die Öffnung der Märkte, auf die Belebung des Wettbewerbs, auf die Konvertibilität der Währungen und auf die Absage an jeden Nationalismus zurückzuführen.

Marktwirtschaft heisst auch nicht, für die Zukunft keine Vorsorge zu treffen und keine Informationen zu sammeln; im Gegenteil lassen sich unter der Ordnung der Marktwirtschaft besonders treffsichere Daten für künftige Absichten ermitteln. Dies gilt für das Gebiet der «Futurologie» und der Wissenschaftsförderung insbesondere. Die Marktwirtschaft arbeitet keineswegs planlos. Ein Unternehmer, der planlos arbeitet, wäre sehr rasch bankrott. Entscheidend ist aber, woher für die verschiedenen Pläne die Kriterien genommen werden. Diese Kriterien bietet ein Markt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ordnung, wie sie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vorsieht, in hervorragendem Masse. Planung ohne solche

Kriterien geht nur auf dem Papier auf und bedeutet Blindheit und Willkür. Gerade, wenn Neuland betreten wird, sei es technischer Art, sei es durch Öffnung der Grenzen, bedarf man um so mehr der Marktwirtschaft, unter der die Unternehmungen kraft eigenen Interesses gezwungen sind, aufs sorgfältigste die Entwicklung abzutasten.

Harmonie von personaler Würde und Gemeinwohl

Die Soziale Marktwirtschaft ist auch kein Konzept für eine sogenannte «gemischte Wirtschaftsordnung». Im Gegenteil kommt in dieser Wirtschaftsordnung die Marktfreiheit noch sauberer, sozialer und weniger verzerrt zur Auswirkung. Soziale Marktwirtschaft ist weiter entfernt von einer Zentralplanwirtschaft als die früheren kapitalistischen Formen mit ihren vielen pragmatischen Eingriffen, denn sie ist nur darauf gerichtet, im Dienst von personaler Würde und Gemeinwohl die Marktfreiheit wesentlich fruchtbarer und sozial ergiebiger zu machen. Die Freiheit ist in der Sozialen Marktwirtschaft nicht verringert, sondern sogar vergrössert. Jetzt hat auch der kleine Mann Chancen, seine Persönlichkeit zu entfalten.

Wenn «der Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute» untersucht werden soll, so ist ferner festzustellen, dass sie gerade unter modernen Bedingungen die beste Ordnung ist, die individuelle Freiheit und Funktionsfähigkeit des Ganzen in Übereinstimmung bringt. Hier liegt ein Konzept vor, welches ein Koordinationssystem bietet, das die Tätigkeit der Individuen und ihrer Gemeinschaften in ebenso freiheitlicher wie für alle fruchtbarer Weise ineinanderfügt. Für die Streitfragen zwischen Selbstbestimmung, Konflikten und Herrschaftsgewalt in der pluralistischen Gesellschaft bietet die Soziale Marktwirtschaft wie keine andere Ordnung eine Lösung.

Auch die sozialen Früchte der modernen Marktwirtschaft sind in der Bundesrepublik mehr und mehr anerkannt worden. Zwar ist unter den Gewerkschaften der Wandlungsprozess in Richtung auf eine marktwirtschaftliche Ordnung noch nicht so weit fortgeschritten wie in der SPD, aber auch hier gibt es Anzeichen, dass etwa im Streit um nominelle Zuwachsraten des Lohnniveaus, die ja für den realen Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt ganz unwesentlich sind, häufig nur noch Rückzugsgefechte geführt werden. Dieser Funktionsverlust der Gewerkschaften gegenüber früheren Zeiten führt allerdings zu bedenklichen neuen Forderungen, die der Marktwirtschaft widersprechen, wie etwa der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, die hier aber nicht näher behandelt werden kann.

Gewisse Gefahren für den Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute zeigen sich in der linkssozialistischen Aktivität, für die nicht nur manche Studenten, sondern auch Pfarrer, Lehrer und Schriftsteller anfällig sind.

Hier bedarf es einmal rationaler Aufklärungsarbeit, zum andern einer praktischen Demonstration der sozialen Erfolge, die die moderne Marktwirtschaft bietet.

Im Jugendprotest befindet sich viel Naivität, viel Selbstgerechtigkeit (kaum weniger als bei den griechischen Obersten), viel undemokratische Intoleranz, viel Hang zum Primitivismus der Monokausalität, nämlich die Neigung, alle Unerfreulichkeiten aus einem einzigen Punkt erklären und kurieren zu wollen. Dieser einzige Punkt war bei den Nationalsozialisten das Judentum, bei den linkssozialistischen Revolutionären ist es das Privateigentum an den Produktionsmitteln.

«Kapitalismus», «Sozialismus» und die Rolle des Kapitals

So scharf dies alles zu kritisieren ist, so sehr muss hervorgehoben werden, dass sich im Jugendprotest eine legitime These befindet: die These, es gelte, überholte Strukturen und Autoritäten immer wieder in Frage zu stellen, immer wieder zu prüfen, ob sie noch eine sinnvolle Funktion erfüllen oder ob sie überholt sind, und sie im letzteren Falle auszuscheiden. Sie ist völlig berechtigt und sollte denjenigen nicht unvertraut erscheinen, die sich zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung bekennen; denn genau dies ist das Wesen einer modernen Marktwirtschaft. Die moderne Marktwirtschaft kann eine solche Erneuerung der Strukturen viel konkreter und wirksamer erreichen, als dies mit den Rezepten der sozialistischen Revolution möglich ist. Sozialistische Revolution ist hoffnungslos unrealistisch gegenüber den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft, sie ist eine Flucht vor den konkreten Problemen in einen emotionalen Rauschzustand hinein. Das gilt für Europa ebenso wie für Entwicklungsländer, wie zum Beispiel Lateinamerika.

Hier tut grösste Nüchternheit not. Zum Beispiel ist darauf hinzuweisen, dass in jedem Wirtschaftssystem, einem marktwirtschaftlichen ebenso wie einem sozialistischen, ein bestimmter Teil des Sozialproduktes für Investitionen verwendet werden muss. Diese sind für Erneuerungen und Wachstum unerlässlich. Was Investitionszwecken zufliesst, kann ebensowenig wie derjenige Teil des Sozialproduktes, der durch politische Beschlüsse dem Staatsverbrauch zugeführt wird, für den privaten Konsum zur Verfügung stehen, der im wesentlichen aus den Löhnen und Gehältern der Arbeitnehmer gespeist wird. Dabei stellt sich selbstverständlich die Aufgabe, Kapital stets so wirksam zu Investitionszwecken anzulegen, dass mit geringstem Aufwand ein möglichst gutes Ergebnis erzielt wird. Je mehr dies gelingt, desto weniger muss die Konsumquote zu Gunsten der Investitionen beeinträchtigt werden.

Bei näherer Prüfung zeigt sich, dass die Ausrichtung eines Unternehmens auf die Erzielung eines möglichst hohen Gewinnes keineswegs eine einseitige Berücksichtigung des Kapitaleigner-Interesses bedeutet. Deren Interesse ist vielmehr lediglich Instrument für gesamtwirtschaftlich optimale Verwendung der Produktionsfaktoren. Der Renditevergleich vor der Kapitalanlage zwischen mehreren Möglichkeiten stellt die billigste und wirksamste Investitionslenkung zum Nutzen der Mitmenschen dar. Gerade weil der private Investor aus eigenem Gewinninteresse die ergiebigsten Investitionsmöglichkeiten immer wieder abtastet, schlechte Anlagen abstösst, bessere erwirbt, wird ein Höchstmass an Rationalität der Investitionen erzielt, so dass die volkswirtschaftliche Investitionsquote relativ klein gehalten werden kann. Die staatswirtschaftlichen Systeme dagegen müssen zusätzlich investieren, um Fehlinvestitionen und mangelnde Rationalität der sonst durch den Markt bewirkten Produktionsabstimmung auszugleichen. Die Investitionsquote ist dort höher, der Arbeitnehmerkonsum muss stärker eingeschränkt werden.

Der private Investor hat also keine Herrschafts- und Ausbeutungsfunktion; er belastet vielmehr seine Mitmenschen für Investitionszwecke weit weniger, als dies in Wirtschaftssystemen der Fall ist, die keinen privaten Investor kennen und ihre Bevölkerung durch den Begriff des «Volkseigentums» täuschen. Das nach privatwirtschaftlichen Gewinnmassstäben verwendete Kapital hat eine dienende Position. Es zeigt lediglich als Messinstrument objektive Knappheitsverhältnisse an und lenkt so das knappe Kapital in die gesamtwirtschaftlich ergiebigste Anlage.

Soziale Marktwirtschaft mit Konjunktursteuerung und Wettbewerbspolitik macht das Kapital zum Diener. In der Staatswirtschaft dagegen wird das Kapital zum gefrässigen Ungeheuer. Es hat dort in der Tat Herrschaftsfunktion, weil es viel einschneidender in das Leben Aller eingreift, und die über seine Verwendung disponierenden Politiker weit grössere Macht haben als ein Kapitalist. Die jetzigen Tendenzen im Osten zur Dezentralisierung – durch die tschechische Tragödie nur vorübergehend aufgehalten – sind eine neidische Annäherung an die dienende Rolle, die das Kapital in der Marktwirtschaft hat.

Eine straffe, an stabilem Geld und sachgerecht bemessenem Investitionsvolumen orientierte Konjunktursteuerung (Kreditpolitik, Finanzpolitik, Abschreibungspolitik, Wechselkurspolitik) zwingt zusammen mit Wettbewerbspolitik, Infrastruktur-Politik und Anpassungsinterventionismus die Kapitaleigner, im Interesse der Erhaltung und Mehrung ihres Vermögens ständig einen möglichst grossen Teil ihrer Einkünfte gesamtwirtschaftlich nützlicher Investition, nicht aber privatem Konsum zuzuführen und so das Kapital den Mitmenschen dienstbar zu machen. Die Bedeutung einer solchen Politik für die Forderungen nach Vermögensbildung der Arbeitnehmer

und nach Mitbestimmung kann gar nicht überschätzt werden. Die Rolle des Kapitals wird auf diese Weise neutralisiert, das Problem der Kapital-Akkumulation verliert an Bedeutung, es ist weniger entscheidend, wem das Kapital gehört, sondern wie es genutzt wird. Dies aber vermag durch die Wirtschaftspolitik gestaltet zu werden.

Dass die Marktwirtschaft gegenüber anderen Systemen eine kleinere Investitionsquote und entsprechend grössere Konsumquote ermöglicht, ist ein erheblicher Vorzug der privatwirtschaftlichen Ordnung für den Arbeitnehmer, selbst wenn er nicht in den Kreis der Kapitaleigner eintreten könnte, was ihm noch dazu in Wahrheit gerade in dieser Ordnung durch Sparen offen steht.

Die Behauptung, die Marktwirtschaft habe das Verteilungsproblem nicht ausreichend lösen können, ist falsch. Trotz aller bisherigen Mängel ist festzustellen, dass dieses Problem in Wahrheit nirgends so gut gelöst ist wie in dieser Ordnung. Das Investitionsvolumen kann hier bei grösserer Effizienz kleiner sein, schränkt also den Arbeitnehmerkonsum weniger ein. In keinem anderen Wirtschaftssystem wird auf diesem Wege so sehr wie hier das Kapital den Mitmenschen dienstbar gemacht, auch wenn sie es nicht selbst besitzen. Es muss wiederholt festgestellt werden: in der Sozialen Marktwirtschaft ist das Kapital ein Diener, im Laisser-faire-Kapitalismus wird diese Funktion nicht ausreichend erfüllt, im Sozialismus noch weit weniger.

Gerade wenn man die Frage prüft, wie der Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute sei, müssen diese Argumente für die so heiss gewordene ideologische Diskussion in den Vordergrund gerückt werden. Hier zeigt sich, dass das Privateigentum an den Produktionsmitteln und das Gewinnmotiv nicht darauf gerichtet sind, den Mitmenschen möglichst viel, sondern ganz im Gegenteil möglichst wenig wegzunehmen. La propriété – c'est le vol? Le socialisme – c'est le vol!

An Herausforderungen der Marktwirtschaft fehlt es auch sonst nicht. Nicht nur Marcuse, sondern auch Galbraith versuchen sich hieran – beide in einer Art und Weise, die nicht in tieferer, sondern nur in oberflächlicher Betrachtung überzeugend ist. Diese oberflächliche Betrachtung allerdings ist oft politisch wirksam. Sie bedient sich billiger Thesen, die auf primitive Gemüter ihren Eindruck nicht verfehlen. Der Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute erfordert daher Offensive in der Argumentation und in der Einwirkung auf die öffentliche Meinung.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und die Entwicklungsländer

Nur berührt werden können in diesem Zusammenhang die Probleme der EWG und der Entwicklungsländer. Die Europäische Wirtschaftsgemein-

schaft steht unter verschiedenen politischen Fragezeichen, nicht nur von französischer, sondern auch von italienischer Seite her. Die Marktwirtschaft kann im EWG-Bereich um so besser gesichert werden, je mehr diejenigen Länder, die sich zu ihr bekennen, ein Vorbild an Konsequenz bieten. Darin aber fehlt es auch bei der Bundesrepublik Deutschland, etwa in der Landwirtschaftspolitik.

Für das in den kommenden Jahrzehnten alles andere überschattende Problem der Entwicklungsländer vermag das moderne Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einen besonders nützlichen Beitrag zu leisten. Auch die Entwicklungsländer brauchen stabiles Geld, hohe Beschäftigung und gleichgewichtige Zahlungsbilanz. Auch sie brauchen Verschärfung des Leistungswettbewerbs, Infrastrukturmassnahmen und Anpassungshilfen. Gerade für sie würden alle diese Massnahmen zu einer Erneuerung und Modernisierung der Wirtschaftsstruktur und zu einer Steigerung des Wachstums führen. Die Soziale Marktwirtschaft bietet sogar ein besonders flexibles Konzept. Die Schwerpunkte können anders gesetzt werden. Infrastrukturmassnahmen und Anpassungsinterventionen werden in vielen Entwicklungsländern ein grösseres Gewicht erfordern als in den hochindustrialisierten Ländern. Als ein Beispiel unter vielen sei hier nur auf den Analphabetismus hingewiesen. Hier eröffnet sich ein weites Gebiet, in dem die Soziale Marktwirtschaft sehr viel fruchtbarer zu wirken vermag als der alte Laisser-faire-Kapitalismus einerseits und der Sozialismus andererseits. Allerdings bedarf auch dieses Wirken der eigenen Konsequenz, des Vorbildes und ganz erheblicher Anstrengungen.

Was not tut

Der Stand der Sozialen Marktwirtschaft heute? Chancen aller Art, aber auch Gefahren und Herausforderungen. Die Soziale Marktwirtschaft ist kein System, das, einmal instituiert, dann wie eine Patentlösung von alleine läuft. Es bedarf ständiger Aufmerksamkeit, insbesondere auf politischem Gebiet, es bedarf propagandistischen Geschicks, und es bedarf der Demonstration überzeugender Wirkungen in allen Bereichen, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung der Freiheit und Menschenwürde auf die Dauer sichern wollen. Die Möglichkeiten hierzu sind durchaus gegeben, aber die politische Beständigkeit der Sozialen Marktwirtschaft wird davon abhängen, dass man ihre harte Unbequemlichkeit für Unternehmer ebenso beachtet, wie man in ständiger Wachheit ihre innere Folgerichtigkeit unterstützt, Abweichungen bekämpft und ihren Ausbau betreibt. Wenn dies alles geschieht, wird der Stand der Sozialen Marktwirtschaft auch in künftigen Jahren günstig zu beurteilen sein.